

Ulrich Menzel

Die ostasiatischen Schwellenländer. Testfälle für die entwicklungstheoretische Diskussion

Fragestellung

Die entwicklungstheoretische Diskussion ist in den letzten Jahren um den Begriff »Schwellenländer« bzw. im angelsächsischen Bereich »Newly Industrializing Countries« bereichert worden.¹ Gemeint sind damit solche Länder, die aufgrund ihres zunehmenden Pro-Kopf-Einkommens, ihrer industriellen Wachstumsraten, ihres Anteils an Fertigwaren im Export oder sozialer Entwicklungsindikatoren wie durchschnittliche Lebenserwartung, Alphabetisierungsgrad, Einkommensverteilung, Anteil nichtlandwirtschaftlich Beschäftigter u.ä. ein Profil aufzuweisen haben, das sich dem der Industriegesellschaften tendenziell annähert. Auch wenn bislang noch keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs vorliegt² und die jeweils vorgeschlagenen Merkmalskataloge und daraus resultierenden Länderlisten stark vom Erkenntnisinteresse des jeweiligen Autors geprägt sind, so finden sich doch auf allen Listen Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea. Wenn auch die angebotenen Erklärungen unterschiedlich sind, so herrscht doch wenigstens insoweit Einigkeit, daß es sich hierbei um Länder handelt, die in den letzten 20 Jahren spektakuläre Industrialisierungsprozesse aufzuweisen haben (vgl. Chen 1979; Hofheinz/Calder 1982)³. Das gleiche gilt, wenn auch in der Diskussion weniger beachtet, für Nordkorea und die drei nordöstlichen Provinzen der VR China, die ehemalige Mandschurei, beides Gebiete, die durchaus den meisten Definitionsmerkmalen von Schwellenländern genügen würden.

Auch wenn sich einräumen läßt, daß für die beiden Stadtstaaten Hongkong und Singapur Sonderbedingungen wie z.B. die fehlende Agrarfrage und ihre Rolle als internationale Finanz- und Dienstleistungszentren gelten, so bleibt doch die verblüffende Tatsache, daß in der ostasiatischen Region eine auffällige Häufung von Schwellenländern anzutreffen ist. Neben der allgemeinen Problematik, wie das Phänomen der Schwellenländer überhaupt zu erklären ist, stellt sich mithin die besondere Problematik, wieso dieses Phänomen so massiert in Ostasien anzutreffen ist. Letzteres insbesondere deshalb, weil es sich hier um Länder mit sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und entsprechend auch sehr unterschiedlichen Entwicklungsstrategien handelt. Gelten Länder wie Südkorea und Taiwan als beispielhafte Fälle, wo eine vertiefte Weltmarktintegration, die Nutzung komparativer Vorteile, massiver Kapitalimport und der breite Spielraum für privatwirtschaftliche Initiative zu Industrialisierung geführt haben, so ließe sich für Nordkorea bzw. die VR China lange Zeit das genaue Gegenteil behaupten, nämlich weitgehende Separation vom Weltmarkt und stattdessen Nutzung der eigenen Ressourcen und Fähigkeiten (Vertrauen auf die eigene Kraft) sowie staatliche Wirtschaftslenkung⁴.

Die besondere Problematik ließe sich noch weiter zuspitzen, wenn man die benachbarten Länder der Region als Kontrastfälle heranzieht. Gibt es dort doch sozialistische (Vietnam, Laos) wie kapitalistische (ASEAN-Länder) Gesellschaften, Länder mit hoher Weltmarktintegration (Indonesien) bzw. weitgehender Abgeschlossenheit (Burma), ohne daß sich bislang

vergleichbare Industrialisierungsprozesse feststellen lassen. Das markt- oder planwirtschaftliche System bzw. die assoziative oder dissoziative Strategie allein bietet also keine hinreichende Erklärung.

Gemeinsam ist allen genannten Ländern die koloniale Vergangenheit und heute, soweit sie nicht dem sozialistischen Lager zugehören, die mehr oder weniger intensive Exportspezialisierung und Durchdringung von seiten multinationaler Konzerne (MNK), beides Phänomene, die gemeinhin von Vertretern einer kritischen Entwicklungstheorie als wesentliche Ursachen für Entwicklungsblockaden und fortschreitende Unterentwicklung angesehen werden. Aus diesen Beobachtungen ergeben sich eine Reihe theoretischer Probleme:

(1) Wie ist das Phänomen der Schwellenländer zu erklären? In der Literatur werden im wesentlichen drei Positionen vertreten. Neoklassische Autoren sehen in der Weltmarktorientierung auf der Basis der gegebenen Faktorausstattung unter Nutzung internationaler komparativer Vorteile und einer entsprechend fördernden Wirtschaftspolitik die Erklärung (Balassa 1981; Dinges/Müller-Ohlsen 1978; Frank 1975; Westphal 1978). Angesichts der schlechten natürlichen Ressourcenausstattung, der reichlich vorhandenen und vergleichsweise qualifizierten Arbeitskräfte, des niedrigen Lohnniveaus, des Kapitalmangels und des geringen Binnenmarkt volumens war eine Spezialisierung auf die Erzeugung arbeitsintensiver, leichtindustrieller Fabrikate für den Export die naheliegende und einzig erfolgversprechende Strategie. Die notwendigen und im Lande zunächst nicht verfügbaren Produktionsfaktoren wurden importiert. Der Industrialisierungserfolg erklärt sich demnach im wesentlichen aus einer arbeitsintensiven Veredelung importierter Rohstoffe und Halbfabrikate und dem internationalen Wettbewerbsvorteil aufgrund niedriger Stücklohnkosten. Historisch gesehen handle es sich hier um einen eindeutigen Bruch mit der kolonialen Vergangenheit.

Vertreter der Dependenztheorie bzw. der Theorie des peripheren Kapitalismus leugnen demgegenüber grundsätzlich, daß die skizzierte Strategie zu einer vollgültigen nachholenden Entwicklung führen kann (Fröbel et al. 1977; Luther 1981; Sunoo 1978; Halliday 1977; Long 1977; Gates 1979). Die Industrialisierungsprozesse in der Dritten Welt und gerade in Ostasien seien lediglich der Ausdruck einer gewandelten internationalen Arbeitsteilung, bei der nicht mehr bloß Rohstoffe gegen Fertigwaren sondern Fertigwaren unterschiedlicher Faktorintensität getauscht werden. Aufgrund steigender Lohnkosten und Umweltauflagen in den Industrieländern werden arbeitsintensive und besonders umweltbelastende Fertigungsprozesse für den Reexport in die Dritte Welt ausgelagert. Träger dieses Prozesses sind im wesentlichen MNK, die am ehesten in der Lage sind, internationale Standortvorteile auszunutzen. Da es sich dabei aber lediglich um Teilfertigungen handelt, die zudem noch weitgehend auf wirtschaftliche Sonderzonen (Industrieparks, Freie Produktionszonen) konzentriert sind, was schon rein optisch auf neoimperialistische Begleitumstände hinweist, resultieren daraus, analog zu den älteren Plantagen und Minen, lediglich Enklaven, die nicht in die Binnenwirtschaft integriert sind. Diese deformierte Form der Industrialisierung, die jederzeit bei sich ändernden weltwirtschaftlichen Konstellationen auch wieder eingeschränkt oder in andere Länder verlagert werden könne, führe folglich nur zu peripher kapitalistischen und nicht zu kohärenten und sich selbsttragenden Ökonomien, wie sie in den Industrieländern bestehen. Die formelle Abhängigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete sei lediglich durch eine informelle Abhängigkeit ersetzt worden, die durch die asymmetrische internationale Arbeitsteilung, das Agieren von MNK und ggf. die wirtschaftspolitische Einflußnahme internationaler Organisationen wie etwa der Weltbank konstituiert werde. Historisch gesehen wird also eine Kontinuität zur kolonialen Vergangenheit konstatiert.

Eine dritte, eher klassisch marxistische Position leugnet demgegenüber einen grundsätzlichen Unterschied zwischen peripherem und metropolitalem Kapitalismus (vgl. besonders Warren 1980; zu Korea: Harris 1978/79; Amsden 1979). Im Gegensatz zur berühmten Lenin-These habe der Kapitalismus seine Kraft noch lange nicht erschöpft. Die Schwellenländer seien vielmehr der sichtbare Ausdruck einer beginnenden Durchkapitalisierung der Dritten Welt. Ähnlich wie Marx in den 1850er Jahren der britischen Herrschaft in Indien durchaus positive Züge abgewinnen konnte, da sie seiner Meinung nach die Grundlage der asiatischen Despotie zerstören und dem Kapitalismus freie Bahn verschaffen würde, trügen Imperialismus und Neoimperialismus oder MNK insofern einen progressiven Charakter, als sie zur Durchsetzung des Kapitalismus in der Dritten Welt führen. Diese Position sieht folglich auch eine historische Kontinuität, wertet sie im Gegensatz zur vorher skizzierenden Position aber positiv.

(2) Die theoretische Kontroverse über die Erklärung des Schwellenländerphänomens wirft eine zweite, grundsätzlichere auf. Sind die Schwellenländer der Beleg eines weltweit weiter fortschreitenden Modernisierungsprozesses à la Rostow und Lerner (Rostow 1978; Lerner 1958), der sich jetzt auch auf ehemalige Kolonialgebiete ausdehnt? Ist damit die These der Dependenztheorie widerlegt, die nachholende Entwicklung aus der Unterentwicklung heraus grundsätzlich in Frage stellt? Die Modernisierungs- und Stadientheoretiker müssen sich allerdings fragen lassen, warum in anderen Teilen der Dritten Welt weiterhin wirtschaftliche Stagnation oder fortschreitende Verelendung und keinesfalls politische Modernisierung im Sinne der Herausbildung westlicher Demokratien zu konstatieren ist. Die Vertreter der Dependenztheorie sehen sich der schon rein wissenschaftstheoretisch begründbaren Frage ausgesetzt, wieviel Ausnahmen eine Theorie mit doch globalem Erklärungsanspruch zulässt, bis sie als widerlegt gelten kann. Die von Wallerstein eingeführte Erweiterung des ursprünglichen Paradigmas um den Begriff der "Semiperipherie" (Wallerstein 1979), die zum Funktionieren des Weltsystems notwendig sei, kann deshalb als nachträglicher Versuch gewertet werden, das alte Theorem zu retten und dennoch neuen Tendenzen Rechnung zu tragen. An alle genannten Erklärungsversuche und globalen Theorien ist die Frage zu richten, warum sich das Phänomen der Schwellenländer gerade auf die ostasiatische Region konzentriert. Billige Arbeitskräfte, Exportorientierung, Kapitalimporte und das Wirken von MNK gibt es schließlich allenthalben in der Dritten Welt, ohne daß es anderswo zu vergleichbaren Wachstumsraten und durchgreifenden Industrialisierungsprozessen gekommen ist.

(3) Damit rückt die hier thematisierte Frage ins Zentrum, inwieweit sich für die ostasiatische Region Sonderbedingungen feststellen lassen, die anderswo nicht oder nur kaum anzutreffen sind. Damit wird gleichzeitig die Frage imperialistischer Kontinuität oder Diskontinuität berührt. Eine der Sonderbedingungen ist sicher die Tatsache, daß es sich bei Südkorea und Taiwan (aber auch Nordkorea und der Mandschurei) um den Kern des ehemaligen japanischen Imperiums handelt, der seit 1895 die längste und intensivste Phase japanischer Herrschaft erfahren hat. Die angrenzende Region, weitgehend identisch mit den heutigen ASEAN-Ländern, weist demgegenüber eine europäische oder amerikanische Kolonialvergangenheit auf und fiel seit 1937 sukzessive nur für kurze Zeit in den japanischen Herrschaftsbereich. Das führt zu der Frage, inwieweit der japanische Imperialismus von seinen Motiven und Konsequenzen für die unterworfenen Gebiete untypisch war im Vergleich zum älteren europäischen oder amerikanischen Imperialismus.

Die zweite Sonderbedingung ist der Umstand, daß die ostasiatische Region neben Mitteleuropa seit dem Frühjahr 1945 zu einem Hauptschauplatz des Ost-West-Konflikts wurde. Wel-

che Konsequenzen hatte das starke Engagement der beiden Supermächte für ihre jeweiligen Klientelstaaten? Inwieweit ist der globale Systemkonflikt, der sich seit den 1960er Jahren von der militärischen auf die wirtschaftliche Ebene verlagerte, nicht ein wesentlicher Faktor, der zu neuen Abhängigkeiten, aber auch zu erheblichen Aufwendungen an Kapital und Berater-tätigkeit von seiten der Supermächte führte und damit wesentliche Entwicklungsstöße gab?⁵ In diesem Kontext ist das neuerliche japanische Engagement in der alten Einflußregion seit dem Höhepunkt des Vietnamkrieges durchaus im Sinne einer von den USA gewünschten Stellvertreterrolle zu interpretieren, um sie zumindest von ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen zu entlasten.

Schließlich zeichnen sich die ostasiatischen Schwellenländer alle durch ein hohes und breitenwirksames Bildungsniveau, eine hohe Aufstiegs- und Leistungsmotivation der Bevölkerung, einen im Sinne Myrdals »starken Staat« und eine effektive Bürokratie aus, was auf das gemeinsame konfuzianische Erbe zurückgeführt werden kann. Auch wenn dieser Aspekt hier nicht weiter thematisiert werden soll, ist er bei der Würdigung des Gesamtszenarios unbedingt in Rechnung zu stellen. Die aufgeworfenen Fragen sollen im folgenden exemplarisch an den Fällen *Südkorea* und *Taiwan* abgehandelt werden und auf die anderen Länder nur sporadisch verwiesen werden.

2. Die Besonderheit des japanischen Imperialismus

Japan war im Unterschied zu den europäischen Kolonialmächten noch im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts *selber* Objekt des Imperialismus, mußte seit 1854 ungleiche Verträge hinnehmen und vermochte nur dank einer innenpolitischen Kraftanstrengung im Zuge der Meiji-Restauration und dank seiner isolierten und wirtschaftlich weniger interessanten Randlage dem Schicksal des benachbarten China zu entgehen⁶. Als ein im Vergleich zu anderen Industrieländern durch besonderen Rohstoffmangel gehandikapter Nachzügler führte es bis zur Jahrhundertwende einen Zwei-Fronten-Krieg gegenüber den zu unterwerfenden Kolonialgebieten, um sich die Rohstoffbasis für die Industrialisierung zu verschaffen, und gegenüber den bereits etablierten Großmächten, die den Emporkömmling nicht dulden wollten bzw. ihrerseits um die von Japan ins Auge gefaßten Gebiete rivalisierten. Diese Konstellation ist für zwei Eigenarten des japanischen Imperialismus, eines »Imperialismus ohne Kapital«, verantwortlich zu machen. Erstens ging die militärische Expansion immer der wirtschaftlichen Ausbeutung voran (der Handel folgte der Flagge), und zweitens beschränkte sich die Kolonialmacht nach erfolgter Konsolidierung der Herrschaft nicht auf bloße Plünderung, kommerzielle Durchdringung oder allenfalls randständige, enklavenhafte Erschließung, sondern unternahm umfangreiche Aktivitäten zu einer systematischen Inwertsetzung der abhängigen Gebiete. Private Aktivitäten und Gewinne in den Kolonien waren zwar erwünscht, sie wurden aber zunehmend in langfristige staatliche Entwicklungspläne und durch Joint Ventures eingebunden, bei denen die Armee bzw. halb- oder ganzstaatliche Unternehmen die Partner der *Zaibatsu* waren. Nur so ist die zielstrebige, rasche und durchaus effektive Agrarmodernisierung und Industrialisierung in den abhängigen Gebieten verständlich, die gegenseitige Konkurrenz der privaten Gesellschaften weitgehend ausschloß.

In *Korea*⁷ wurden nach der Einsetzung des Generalgouverneurs (1910) mit dem Aufbau eines Verwaltungs- und Polizeisystems zunächst die administrativen und politischen Rahmenbedingungen geschaffen. Drei Fünftel selbst der unteren Dienststränge der Polizei waren Japa-

ner! Die bis 1918 abgeschlossene Landvermessung und Bodenprospektion war die Voraussetzung zur Etablierung agrarkapitalistischer Rechtsverhältnisse und Basis einer langfristigen Planung zur Steigerung der Reisproduktion. Staatlicher Agent war die »Oriental Development Company«, die später ihre Aktivitäten auch auf die Mandschurei, Nordchina und die Mongolei ausdehnte, und zum größten Grundherrn neben den traditionellen koreanischen Landlords wurde. Auch wenn die geplante Ansiedlung japanischer Bauern nur geringe Erfolge zeigte und im wesentlichen auf koreanische Pächter zurückgegriffen werden mußte, so waren die Agrarinvestitionen zur Ausdehnung der Ackerfläche von 4,5 auf 5 Mio ha (1938), für Bewässerungsanlagen und Handelsdüngererzeugung doch beträchtlich. Die Reisproduktion konnte zwischen 1910 und 1940 fast verdoppelt werden. Da die Produktionszuwächse nach Japan exportiert wurden, verbesserte sich die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum. Im Gegenteil, als sich in den 1930er Jahren die japanische Inlandsversorgung gebessert hatte und die japanischen Erzeuger unter den Preisdruck des koreanischen und taiwanischen Importpreises gerieten, wurden weitere produktivitätssteigernde Maßnahmen in Korea gestoppt. Die Exportzuwächse gingen seitdem nur noch zu Lasten des Inlandverbrauchs und führten zu einer rapiden Verschlechterung der Versorgungslage und dem Ausweichen auf minderwertigere Getreidesorten.

Die eigentliche Industrialisierung, vor allem im Bereich der Schwerindustrie, setzte erst in den 1930er Jahren ein, als Japan seit 1933 einen neuen Industrialisierungsboom erfuhr, der verstärkte Rohstofflieferungen verlangte (Kohle, Eisenerz). Außerdem benötigte die japanische Aufrüstung in den 30er Jahren große Mengen von Leicht- und Schwermetallen für den Bau von Flugzeugen und Panzerungen sowie chemische Produkte, die von Korea geliefert werden konnten. Zwischen 1929 und 1940 stieg der Wert der industriellen Produktion in Korea von 350 Mio auf 1,8 Mrd Yen, wovon knapp 55 Prozent (!) auf die Schwerindustrie, und allein 37 Prozent auf die chemische Industrie (Kunstdünger und Sprengstoff) entfielen. Sektoral wurde die Landwirtschaft in ihrem Beitrag zum Sozialprodukt etwa 1940 von Bergbau und Verarbeitender Industrie übertroffen, obwohl sie 1910 noch einen Anteil von knapp 90 und noch 1933 von 67 Prozent gehalten hatte.

Möglich war diese Entwicklung, weil ihr ein für Kolonialgebiete erstaunlicher Ausbau der Infrastruktur vorausgegangen war. Bis 1940 wurden 5 670 km Eisenbahnen in Korea gebaut (in der Mandschurei noch einmal etwa die gleiche Streckenlänge zu den bereits bestehenden Linien), die hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung verliefen und damit die Verbindung zwischen der Mandschurei und den südkoreanischen Häfen zum Weitertransport nach Japan herstellten. Hinzu kamen Landstraßen, Hafenbauten, Kommunikationsnetze und Wasserkraftwerke im Norden Koreas, die gleichzeitig die Mandschurei mit Energie versorgten.

Nachdem es im Frühjahr 1919 zu großen Protestdemonstrationen gegen die japanische Herrschaft gekommen war, die nicht zuletzt durch die Oktoberrevolution und Wilsons 14-Punkte-Erklärung ermutigt worden waren, praktizierten die Japaner in den 1920er Jahren ein vergleichsweise »liberales« Regiment. Erst die Umstellung der koreanischen Wirtschaft auf die Rüstungserfordernisse führte seit Anfang der 1930er Jahre zu verschärfter Repression. Nicht nur waren sämtliche Arten politischer und publizistischer Betätigung durch Koreaner verboten, die Japanisierungsversuche trieben teilweise ausgesprochen hysterische Blüten, indem das Japanische nicht nur zur Amtssprache wurde, sondern die Koreaner auch japanische Namen annehmen mußten und ihnen selbst innerhalb der Familie der Gebrauch der koreanischen Sprache untersagt wurde. Auch wenn die massenhafte Einwanderung von Japanern nicht zustande kam — die in Korea ansässigen Japaner beschränkten sich weitgehend auf die

Leitungstätigkeiten in Verwaltung, Industrie, Handel und Dienstleistungen —, so praktizierte Japan doch eine regelrechte Apartheidpolitik, indem alle qualifizierten Positionen nahezu ausschließlich Japanern vorbehalten blieben. Resultat der harten politischen Unterdrückung und der sich in den 1930er Jahren verschlechternden Lebensbedingungen war eine massenhafte Auswanderung. Zusammen mit den ca. 700000 koreanischen Zwangsarbeitern in den Bergwerken und Rüstungsfabriken in Japan standen den 25 Mio inländischen Koreanern am Ende des Krieges etwa 3,3 Mio Koreaner gegenüber, die in die Mandschurei, nach China, Sibirien und Japan ausgewandert waren.

Während die koreanische Wirtschaft weitgehend auf die Produktion und den Export von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen und schwerindustriellen Zwischenprodukten ausgerichtet war, lag der Akzent der in *Mandschukuo* (Schumpeter 1940; Sun 1969; Chao 1982) seit 1933 ebenso forciert und planmäßig betriebenen Industrialisierung auf einer Schwerindustrie, die von den Erz- und Kohlegruben über die Hütten und Metallverarbeitung bis zum Maschinen- und Fahrzeugbau eher integriert war, wobei Mandschukuo seinerseits Nordchina und Korea mit Maschinen belieferte. Die geplante Ansiedlung von japanischen Bauern in dem weitgehend öden Land scheiterte, da wegen des im Zuge der weiteren militärischen Expansion hohen Bedarfs an Soldaten und Rüstungsarbeiten mögliche Aussiedler in Japan knapp wurden und auch die Bereitschaft japanischer Bauern gering war. In *Taiwan* (Ho 1978; Menzel 1985a) konzentrierten sich die japanischen Aktivitäten neben dem Ausbau der Infrastruktur in erster Linie auf die Landwirtschaft, wo Reis und Zucker für den japanischen Bedarf angebaut wurden. In *Nordchina*, wo die japanische Besatzung am kürzesten währte und die Investitionstätigkeit entsprechend gering war, wurden neben Kohle vor allem textile Rohstoffe (Wolle und Baumwolle) produziert.

Mangel und damit eine gewisse Importabhängigkeit des Yen-Blocks herrschte vor allem bei Öl, Kautschuk und Baumwolle, wobei die USA bis zur Ausweitung des japanischen Machtbereichs nach Süden der wichtigste Lieferant blieben. Überwölbt wurde das Ganze von einem dichten Netz aus Eisenbahnen, Häfen und Schiffsverbindungen, das allerdings im letzten Glied der Kette, der Anbindung an Japan, unter militärischen Gesichtspunkten recht verwundbar war, wie der spätere Kriegsverlauf deutlich machen sollte. Die Exporte und Importe der einzelnen Teile waren nahezu ausschließlich auf den Yen-Block mit Japan als Zentrum ausgerichtet. Lediglich das Mutterland selber verfügte über Handelsbeziehungen zu Drittländern.

Zieht man eine Bilanz unter dem Gesichtspunkt, welchen Saldo die abhängigen Gebiete trotz der politischen Unterdrückung zu verbuchen hatten, so muß darauf hingewiesen werden, daß trotz aller eindrucksvollen Wachstumsraten jedes Gebiet für sich aufgrund der einseitigen und spezialisierten Ausrichtung der Ökonomie nicht lebensfähig war und immer der Input-Output-Beziehungen zu Japan bzw. anderen Gliedern des Yen-Blocks bedurfte. Auch dürfte dank des Apartheidsystems der Lerneffekt für die einheimischen Arbeitskräfte begrenzt gewesen sein, da die qualifizierten Leitungs- und Ingenieurpositionen weitgehend von Japanern besetzt wurden. Dennoch sollte betont werden, daß unter geänderten politischen Bedingungen, wie sie nach 1945 gegeben waren, die in japanischem Interesse gebauten Eisenbahnen, Häfen, Bergwerke etc. zu Aktivposten in den Händen von Koreanern und Chinesen werden konnten, die seitdem über für Dritte-Welt-Verhältnisse einzigartige industrielle und sogar schwerindustrielle Kapazitäten verfügten, die bis heute in der Mandschurei und Nordkorea die Akzente setzen. Auch die agrarische Entwicklung war untypisch im Vergleich zu anderen Kolonien, insofern die japanischen Interessen sich auf Reis und Soja, Wolle und Baumwolle, also Grundnahrungsmittel und textile Rohstoffe konzentrierten, die damals wie

heute Grundlage der Versorgung auch der einheimischen Bevölkerung bilden. Ganz anders wären die Hypothesen zu veranschlagen, wenn Japan etwa aus Taiwan ein zweites Kuba gemacht und dort nur hätte Zucker anbauen lassen. Daß in den 1950er Jahren die Entwicklung Taiwans an der Landwirtschaft und der Veredelung von Agrarprodukten für den Export anknüpfte oder daß in Nordkorea und der Mandschurei die Schwerindustrie weiter ausgebaut wurde, erscheint angesichts des japanischen Erbes gar nicht so zufällig. Die Akzente der jeweiligen Entwicklungsstrategien in den einzelnen Regionen lassen also durchaus eine Kontinuität aus der Kolonialzeit erkennen.

3. Südkorea und Taiwan Anfang der 1980er Jahre

Bevor die Entwicklungsstrategie der ostasiatischen Schwellenländer analysiert wird und daraus einige weitergehende theoretische Schlußfolgerungen gezogen werden, sollen zunächst einige zentrale Indikatoren präsentiert werden, anhand derer der bereits fortgeschrittene wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstand beider Länder zu Beginn der 1980er Jahre deutlich wird.⁸ Die Daten erscheinen um so eindrucksvoller, wenn man sie mit ihren Werten zu Beginn der 1960er Jahre konfrontiert, als beide Länder nach den gängigen Kriterien der Weltbank noch zum Armenhaus der Welt, den sog. »least developed countries« gehörten. Beginnend mit einem absoluten Wert. Das Sozialprodukt beider Länder bewegte sich zu Anfang der 1960er Jahre lediglich zwischen 2 und 3 Mrd US\$, stellte bezüglich seines Gewichts innerhalb der Weltwirtschaft also eine zu vernachlässigende Größe dar. Bis 1982 war es in Südkorea auf 65,7 Mrd US\$ und in Taiwan auf 48,3 Mrd US\$ angewachsen. Es entsprach damit äußerlich in etwa dem Volumen kleinerer OECD-Länder wie Dänemark oder Finnland. Noch aussagekräftiger ist die Zunahme des Pro-Kopf-Produkts: Befanden sich beide Länder 1961 mit 87 US\$ (Südkorea) bzw. 254 US\$ (Taiwan) auf einem Niveau, auf dem sich heute die meisten schwarzafrikanischen und südasiatischen Länder (Indien, Bangladesch, Afghanistan, Birma, Pakistan), aber auch die VR China bewegen, liegen sie 1982 mit 1 671 US\$ (Südkorea) bzw. 2 615 US\$ (Taiwan) in der Rangliste der Weltbank im oberen Mittelfeld und sind vergleichbar mit den reicheren lateinamerikanischen und ärmeren RGW-Ländern. Diese erhebliche und vor allem so rasche relative Verbesserung im Weltspektrum war möglich, weil beide Länder über die letzten 20 Jahre eine durchschnittliche reale Wachstumsrate des BSP von 8,1 bzw. 9,3 Prozent zu verzeichnen hatten. Pro Kopf wurde dieses außerordentliche hohe Wachstum, abgesehen von einigen OPEC-Ländern, wo es allein durch monopolbedingte Preiserhöhungen zustande kam, lediglich von den ähnlich gelagerten Fällen Hongkong und Singapur⁹ sowie als einzigem OECD-Land Japan erreicht. Zustande kam das hohe gesamtwirtschaftliche Wachstum in erster Linie durch das industrielle Wachstum mit fast durchweg zweistelligen Raten, die selbst von Japan nach dem Zweiten Weltkrieg über einen so langen Zeitraum nicht erreicht wurden. Die Folge war eine Verdoppelung des Beitrags der Verarbeitenden Industrie zum Sozialprodukt auf 30 Prozent (Südkorea) bzw. 35 Prozent (Taiwan). Der Umstand, daß inzwischen in beiden Ländern mehr als die Hälfte, in Taiwan fast zwei Drittel, der Verarbeitenden Industrie auf die »Schwerindustrie« entfällt, zeigt überdies, daß die Industrialisierung keineswegs bei den klassischen Leichtindustrien (Nahrungsmittel, Textilien, Bekleidung etc.) stehen geblieben ist, sondern ohne große Verzögerung auf den Bereich der Zwischengüter, aber auch der Investitionsgüter ausgedehnt wurde.

Tabelle 1: Südkorea und Taiwan — Entwicklungsindikatoren 1960-1982

| | Jahr ^a | Südkorea | Taiwan |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| <i>Sozialprodukt</i> | | | |
| BSP in Mrd US\$ | 1961 | 2,26 | 2,83 |
| | 1982 | 65,72 | 48,27 |
| BSP pro Kopf in US\$ | 1961 | 87 | 254 |
| | 1982 | 1.671 | 2.615 |
| <i>Wachstum</i> | | | |
| BSP real Ø 1962-1982 in % | | 8,1 | 9,3 |
| BSP pro Kopf Ø 1962-1982 in % | | 6,1 | 6,9 |
| <i>Industrialisierung</i> | | | |
| jährl. Wachstum der Industrie real Ø 1962-1982 in % | | 15,9 ^b | 14,1 |
| Anteil Verarb. Industrie am BIP/BSP in % | 1962/61 | 14,3 | 17,5 |
| | 1980/81 | 29,4 | 34,3 |
| Anteil Schwerindustrie an Verarb. Industrie in % | 1962/61 | 28,7 | 28,3 |
| | 1980/81 | 52,7 | 64,5 |
| Anteil Maschinenbau/Elektro- technik/Fahrzeugbau an Verarb. Industrie in % | 1968/61 | 11,6 | 7,8 |
| | 1978/81 | 18,4 | 24,2 |
| <i>Agrarmodernisierung</i> | | | |
| jährl. Wachstum der Landwirtschaft real Ø 1962-1982 in % | | 3,8 ^c | 3,0 |
| Getreideertrag pro ha in t | 1981/82 | 4,04 | 3,77 ^d |
| Kunstdüngerverbrauch pro ha (Reinnährstoff) in kg | 1980/75 | 377 | 359 |
| Motorschlepperbestand, 1 Schlepper auf ha | 1980/81 | 7,5 | 9,6 |
| <i>Sektorale Verlagerung</i> | | | |
| Beitrag des Primärsektors zum BSP in % | 1961 | 47,1 | 31,4 |
| | 1982 | 18,0 | 8,7 |
| Beitrag des Sekundärsektors zum BSP in % | 1961 | 12,5 | 25,0 |
| | 1982 | 43,7 | 43,9 |
| Anteil Beschäftigung im Primärsektor in % | 1965 | 54,3 | 53,7 |
| | 1982 | 30,7 | 18,9 |
| Anteil Beschäftigung im Sekundärsektor in % | 1965 | 12,3 | 12,0 |
| | 1982 | 26,5 | 41,2 |

Verflechtung/Diversifizierung

| | | | |
|--|---------|------|------|
| Anteil Vorleistungen am Bruttoproduktionswert in % | 1968 | 47,7 | |
| | 1978/79 | 53,4 | 58,3 |
| Anteil Rohstoffe und Nahrungsmittel am Export in % | 1962 | 80,4 | 50,9 |
| | 1981/82 | 9,2 | 7,7 |

Bevölkerung

| | | | |
|--------------------------------------|------|------|------|
| Wachstum in % | 1961 | 2,97 | 3,31 |
| | 1982 | 1,57 | 1,78 |
| Lebenserwartung bei Geburt in Jahren | 1960 | 54 | 65 |
| | 1980 | 64 | 72 |

Sozialstruktur

| | | | |
|--|---------|-------|-------|
| Einkommensverteilung gesamt | | | |
| Gini-Koeffizient | 1981 | | 0,306 |
| nur landwirt. Einkommen Gini | 1976/81 | 0,327 | 0,304 |
| nur Lohneinkommen Gini | 1978/81 | 0,389 | 0,290 |
| Alphabetenquote für Erwachsene in % | 1960 | 71 | 54 |
| | 1980/82 | 93 | 87 |
| Anteil Stadtbevölkerung in % | 1960 | 28 | 58 |
| | 1980/78 | 55 | 77 |
| Anteil Lohnabhängige an Gesamtbeschäftigung ¹ | 1979/80 | 47,2 | 64,8 |
| Anteil Marginale ¹ | 1979/80 | 15,0 | 5,6 |

a) erste Zahl bezieht sich auf Südkorea, zweite auf Taiwan

b) 1962-80

c) 1962-1981

d) nur Reis

Quelle: Soweit nicht anders angegeben, alle Daten aus Menzel 1985a; Diskussion ihrer Vergleichbarkeit ebd.

1) Asche 1984, S. 260, 265

Hierbei ist aber einschränkend zu bemerken, daß sich hinter der Rubrik »Schwerindustrie« vor allem im Bereich der Elektrotechnik ein großer Anteil von Konsumgüterindustrien verbirgt, die besser als »neue« Leichtindustrien im Unterschied zu den »alten« Leichtindustrien zu klassifizieren sind. Letztere dürften etwa ein Drittel der »Schwerindustrie« ausmachen. Dennoch, der hohe und rasch gewachsene Anteil der Branchen Maschinenbau/Elektrotechnik/Fahrzeugbau macht deutlich, daß auch die fertigungsintensiven Bereiche eine erhebliche Bedeutung bekommen haben. Ihr Anteil liegt jedenfalls nur wenig unter den entsprechenden Werten der meisten OECD-Länder.

Diese eindrucksvollen Daten über den Industrialisierungsprozeß haben vielfach in der Literatur den Blick für die gleichzeitig vollzogene Agrarmodernisierung verstellt. Auch wenn die Landwirtschaft aus natürlichen Gründen nicht mit vergleichbaren Wachstumsraten aufwar-

ten kann, so liegen ihre 3-4 Prozent jährlich doch im internationalen Vergleich ebenfalls im oberen Teil des Spektrums. Ein ha-Ertrag von etwa 4 Tonnen Getreide muß als sehr hoch bezeichnet werden. Der Kunstdüngerverbrauch und der Motorschlepperbestand pro ha zeigen, daß es sich in beiden Fällen um eine sehr intensive und bereits stark mechanisierte Landwirtschaft handelt.

Nicht zum Ausdruck in der Übersichtstabelle kommt, daß das Agrarwachstum in Taiwan bereits in den 1950er Jahren, also etwa 10 Jahre früher als in Südkorea, einsetzte. Die Industrialisierung in Taiwan vollzog sich also vor dem Hintergrund eines bereits weiter fortgeschrittenen Agrarmodernisierungsprozesses, ein Umstand, der auf eine homogenere Gesamtentwicklung hinweist. Das wird besonders deutlich bei den Daten über die sektorale Verlagerung. Zwar stieg der Beitrag des sekundären Sektors zum BSP in beiden Ländern inzwischen auf 44 Prozent. Der relative Rückgang des primären Sektors war aber in Taiwan wesentlich stärker. Der Beitrag von Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft beträgt hier nur noch 8,7 Prozent gegenüber 18 Prozent in Südkorea. Noch stärker ist die unterschiedlich ausgeprägte sektorale Verlagerung der Beschäftigung. In beiden Ländern waren im Jahre 1965 noch etwa 54 Prozent aller Erwerbstätigen im Primärsektor beschäftigt. 1982 waren es in Taiwan nur noch 18,1 Prozent, in Südkorea aber immer noch 30,7 Prozent. Analog ist der Beschäftigungsteil im sekundären Sektor trotz gleichen Ausgangsniveaus im Jahre 1965 in Taiwan mit 41,2 zu 26,5 Prozent in Südkorea wesentlich höher.

Daraus kann gefolgert werden, daß Industrialisierung, ausgedrückt in starker relativer Zunahme des Beitrags des sekundären Sektors zum BSP, und Agrarmodernisierung, ausgedrückt in starker relativer Abnahme der landwirtschaftlich Tätigen, zwar in beiden Ländern erheblich waren, dieser Prozeß in Taiwan aber sehr viel weiter fortgeschritten ist. Die stärkere Parallelität beider Verlagerungsprozesse in Taiwan deutet auf eine sehr viel homogenere Gesamtentwicklung hin. Sie bringt nämlich zum Ausdruck, daß die Produktivitätsunterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft in Taiwan sehr viel geringer als in Südkorea sind.

Daß ein bereits weit fortgeschrittener Grad der Verflechtung innerhalb und zwischen den einzelnen Sektoren und Branchen erreicht ist, indiziert der bereits hohe Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert (BPW).¹⁰ Dieser zentrale Indikator weist darauf hin, daß dem hohen Wachstum auch eine wachsende Vernetzung der Ökonomie zugrunde liegt. Anders ausgedrückt, die typische Struktur von Dritt-Welt-Ländern mit hohem Primärgüterexport und hohem Fertigwarenimport ist nicht mehr gegeben. Die möglichen vor- und nachgelagerten Koppelungseffekte, die sich aus Landwirtschaft und Exportindustrien ergeben können, wurden weitgehend genutzt. Damit korrespondiert der auf unter 10 Prozent zurückgegangene Anteil von Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Exportwarenkorb. Ein Anteil der Vorleistungen am BPW von 55-60 Prozent und ein Anteil der Fertigwaren am Export von über 90 Prozent drücken das genaue Gegenteil dessen aus, was für eine typische Peripherökonomie zu erwarten wäre. Beide Indikatoren müssen deshalb als klarer Ausdruck von Autozentriertheit gewertet werden. Detailuntersuchungen haben ergeben, daß der Sachverhalt wachsender Vernetzung überwiegend auch für die typischen Exportindustrien zutrifft, die ihre Vorprodukte, soweit nicht der eigene Rohstoffmangel das verhindert, aus inländischer Fertigung und nicht durch Importe beziehen.

Wenden wir uns den sozialen Indikatoren zu. Das Bevölkerungswachstum betrug Anfang der 1960er Jahre in Südkorea noch etwa 3 Prozent, in Taiwan sogar 3,3 Prozent jährlich. Es konnte in beiden Ländern aber bis Anfang der 1980er Jahre nahezu halbiert werden. Der de-

mographische Übergang ist also bereits in sein drittes Stadium getreten, in dem nicht nur die Sterbe-, sondern auch die Geburtenrate zu sinken beginnt. Während der Rückgang der Sterberate der Ausdruck verbesserter Ernährungssituation und medizinischer Versorgung ist, was sich auch in der starken Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung äußert, indiziert eine Abnahme der Geburtenrate ein geändertes generatives Verhalten. Dieses ist wiederum das Resultat höherer Bildung, größeren Wohlstands, höherer sozialer Sicherheit, Wertverschiebungen u.a. Auch wenn das Bevölkerungswachstum noch deutlich über dem der OECD-Länder liegt, konnte es bislang durch das hohe Wirtschaftswachstum ohne Schwierigkeiten kompensiert werden. Die durchschnittliche Lebenserwartung von 72 Jahren in Taiwan liegt nur noch um 2-3 Jahre unter der der OECD-Länder. In Südkorea liegt sie mit 64 Jahren allerdings noch deutlich darunter.

Die sektorale Verlagerung der Beschäftigung hatte bereits erkennen lassen, daß auch die Sozialstruktur in beiden Ländern, soweit sie durch den Wechsel von agrarischer zu industrieller Beschäftigung beeinflusst wird, einem erheblichen Wandel unterzogen wurde. Damit korrespondiert die starke Urbanisierung in beiden Ländern. In Südkorea leben inzwischen 55 und in Taiwan sogar 77 Prozent der Bevölkerung in der Stadt.¹¹ Damit korrespondiert aber auch die erhebliche Zunahme des Anteils Lohnabhängiger (Arbeiter und Angestellte im privaten und öffentlichen Sektor) an der Gesamtbeschäftigung und der starke Rückgang formal Selbständiger (Bauern, Handwerker, Kleinhändler). Insbesondere die Daten für Taiwan sprechen hier eine klare Sprache: Geringer Anteil der Beschäftigung im Primärsektor (18,9 %), hoher Anteil Lohnabhängiger (64,8 %), hoher Anteil städtischer Bevölkerung (77 %) und nur geringer Anteil Marginaler (5,6 %), alles das sind Indikatoren, die auf die Sozialstruktur eines entwickelten Industrielandes hinweisen.¹² Es liegt also eine deutliche Koinzidenz zwischen ökonomischem und sozialem Wandel vor. Die hohe Urbanisierungsrate und der geringe Anteil Beschäftigter im primären Sektor würde nur dann auf eine hypertrophe Ausdehnung des städtischen Dienstleistungssektors, großen Anteil von Slumbevölkerung und ausgeprägten informellen Sektor hindeuten, wenn nicht andere Indikatoren (hoher Anteil formell Beschäftigter, hoher Anteil im sekundären Sektor Beschäftigter, hohe Alphabetisierungsquote, hohe durchschnittliche Lebenserwartung) dem widersprächen. Die ökonomischen und sozialen Makrodaten weisen für Taiwan alle ganz eindeutig in dieselbe Richtung, nämlich daß hier ein Profil von Gesamtentwicklung erreicht ist, das dem der OECD-Länder bereits sehr nahe kommt. Wie aufgrund der wirtschaftlichen Daten kaum anders zu erwarten, weisen die soziostrukturellen Indikatoren für Südkorea zwar in eine ähnliche Richtung, die Werte sind allerdings mit Ausnahme des Alphabetisierungsgrads deutlich schlechter.

Wenn man schließlich die Einkommensverteilung mit einbezieht, erweist sich, daß das hohe Wachstum offenbar großen Teilen der Bevölkerung zugute gekommen ist. Die Gini-Indizes der Einkommensverteilung liegen in beiden Ländern zwischen 0,3 und 0,4 und damit nicht nur wesentlich niedriger als in den meisten Ländern der Dritten Welt, sondern sind auch ähnlich oder sogar leicht besser als in den »sozialdemokratisch« geprägten Industrieländern. Damit ist die Aussage zulässig, daß das hohe Wachstum des Pro-Kopf-Produkts nicht nur eine statistische Fiktion ist, hinter der sich eine sehr ungleiche Beteiligung an diesem Wachstum verbirgt, sondern tatsächlich sehr breit gestreut ist.

Das Fazit lautet demnach: Beide Länder haben, was den wirtschaftlichen und sozialen Bereich anbelangt, in den letzten 20 Jahren einen erheblichen Wandel durchlaufen, ihr Profil hat sich dem von OECD-Gesellschaften mit sehr viel *höherem* Pro-Kopf-Einkommen bereits stark angenähert. Dieser Wandel ist deshalb besonders bemerkenswert, weil er sich in ei-

nem derart kurzen Zeitraum vollzog. In Europa wurde dafür die doppelte oder dreifache Zeitspanne benötigt. Diese Feststellung läßt den Schluß zu, daß die weitere oder vollständige Angleichung nur noch eine Frage der Zeit ist. Ganz entschieden muß allerdings betont werden, daß Taiwan gegenüber Südkorea in fast allen Belangen ein ganzes Stück voraus ist. Das Zeitargument läßt die Kritik im Detail, die vor allem im Hinblick auf Südkorea geäußert werden kann — hohe Auslandsverschuldung, gewisse Vernachlässigung des Agrarsektors gegenüber der Industrie, zu rascher Übergang auf kapitalintensive Branchen, zu starke Weltmarktorientierung mit allen damit verbundenen Risiken, noch relative Schwäche des Maschinenbaus u. a. — etwas verblassen. Solche Kritik nimmt heutige Industrieländer zum Maßstab, die ihren Industrialisierungsdurchbruch vor hundert oder mehr Jahren erlebten, also damals an der »Schwelle« standen und seitdem lange Zeit zur Reife hatten. Maßstab muß vielmehr das Taiwan oder das Südkorea zu Anfang der 1950er Jahre oder selbst noch zu Anfang der 1960er Jahre sein bzw. Länder der Dritten Welt, die sich weiterhin auf einem ähnlichen Niveau bewegen. Wenn man schon heutige Industriegesellschaften zum Vergleich heranzieht, dann sollte man ihre Situation in der Mitte oder zum Ende des 19. Jahrhunderts betrachten. Damit relativiert sich auch die sozial motivierte Kritik. Natürlich sind die Löhne noch niedrig, die Sozialleistungen begrenzt, die Arbeitsschutzbedingungen mangelhaft. Sie sind es aber immer nur dann, wenn man westeuropäische Maßstäbe der 1980er Jahre heranzieht. Von gravierender Bedeutung bleiben das anhaltend geringe oder gar nicht vorhandene Ausmaß von demokratischer Partizipation, der Mangel an Respekt vor den Menschenrechten, die unterdrückte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, die fehlende Meinungsfreiheit etc. Beide Länder sind, wenn auch erfolgreiche, so doch krasse Fälle von Entwicklungsdiktaturen, bei denen der Staat in nahezu jeder Hinsicht eine omnipotente Rolle spielt. Dieser Staat wird von einer Militärclique (in Südkorea) bzw. einer Partei (in Taiwan) beherrscht, die keiner Kontrolle seitens der Bevölkerung unterliegt. Dieses Auseinanderklaffen von wirtschaftlichem und politischem Wandel kann sich auf Dauer auch im Sinne der ambitionierten wirtschaftlichen Ziele als dysfunktional erweisen. Eine Bevölkerung, die einen hohen Bildungsgrad aufweist, die weitgehend in städtisch-industrieller Umgebung lebt, die einen, wenn auch reglementierten Kontakt mit der demokratischen Außenwelt hat, die also alles andere als unwissend und bloß ihrem dörflichen Umfeld verbunden ist, kann nicht auf Dauer unterdrückt werden, ohne daß es zu großen Eruptionen kommt. Die in krassem Widerspruch zu den wirtschaftlichen Errungenschaften stehenden und plötzlich mit aller Macht auftretenden politischen Unruhen wie zuletzt 1979 in Taiwan und 1980 in Südkorea sprechen eine deutliche Sprache. Insofern bleibt bei einer Gesamtbewertung beider Länder ein nicht zu schließendes Defizit. Aber auch hier sei, insofern wieder eine gewisse Relativierung, angemerkt, daß die Demokratisierung in den heutigen Industrieländern in den allerwenigsten Fällen der Industrialisierung voran ging oder sie wenigstens begleitete. Man denke dabei insbesondere an die deutsche, die italienische oder die japanische Geschichte oder an die RGW-Länder, die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg industrialisierten.

4. Schlüsselemente der »Erfolgsgeschichte«

Wenn es, abgesehen von den eben genannten Einschränkungen, möglich ist, ein überwiegend positives Fazit zu ziehen, d. h. den Prozeß nachholender Entwicklung beider Länder in der Substanz als erfolgreich zu bezeichnen, dann stellt sich natürlich die Frage nach den Ursa-

chen. Jede Antwort, die einen einzelnen Faktor wie etwa das japanische Erbe, das besondere Ausmaß der amerikanischen Hilfe, die konsequente Verfolgung der Exportstrategie oder den besonderen Arbeitseinsatz der Bevölkerung in den Vordergrund stellt, muß ungenügend bleiben. Der gesamte Sachverhalt ist um einiges komplexer.

Zunächst muß betont werden, daß die natürliche, aber auch die politische Ausgangslage in beiden Fällen eher schlecht war. Bodenschätze und Energievorkommen sind, vor allem in Taiwan, in nennenswertem Maße nicht vorhanden. Der Anteil der Kulturläche ist aufgrund der gebirgigen Struktur beider Länder eher gering, eine negative Hypothek, die angesichts der im internationalen Vergleich sehr hohen Siedlungsdichte besonders ins Gewicht fällt. Eine Entwicklungsstrategie, die anfänglich auf der internationalen Vermarktung der natürlichen Ressourcen beruht, wie das in den angelsächsischen Siedlerkolonien, in Skandinavien oder in den OPEC-Ländern möglich war, schloß sich von vornherein aus. Hinzu kam als besondere Belastung der Ausgang des Zweiten Weltkriegs und die revolutionären Umwälzungen in Ostasien, die für beide Länder mit Kriegszerstörungen, Flüchtlingsströmen, Unterbrechung der überkommenen Handelsbeziehungen und innenpolitischen Auseinandersetzungen verbunden waren. Die Ausgangslage war also eher durch Mangel und Not gekennzeichnet, die durch die rasch einsetzende amerikanische Hilfe nur mühsam ausgeglichen werden konnten. In den ersten Jahren zeigte sich zudem, daß der Zufluß fremder Hilfe ein sehr zwiespältiger Segen ist. Solange man sich auf diese Hilfe verließ, blockierte das die eigenen Anstrengungen und führte eher zu einer Strategie, wie sich die Hilfe maximieren ließ. Positiv hervorzuheben sind allerdings die genannten Hinterlassenschaften der Kolonialmacht. Sie nach der Unabhängigkeit im eigenen Interesse nutzen zu können, muß als wichtiger Aktivposten gewertet werden. Bemerkenswert aber immerhin, daß hier kein Automatismus in Gang gesetzt wurde, denn die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit zeichneten sich durch alles andere als eine prosperierende Entwicklung aus. Um diese Aktivposten zu nutzen, bedurfte es erst des politischen Drucks von innen und außen.

Das gesamte politische Umfeld und die damit verbundenen Herausforderungen — Systemkonkurrenz zu den kommunistisch beherrschten Landesteilen, Legitimationsproblemen der Herrschenden, globale Interessen der amerikanischen Schutzmacht — führten offenbar Ende der 1950er Jahre zu einer derartigen Spannung, daß sie nur noch durch die, wenn auch massiv von amerikanischer Seite geforderte Verfolgung einer den Voraussetzungen angemessenen Strategie wirtschaftlicher Entwicklung gelöst werden konnte. Dienlich waren dabei im wesentlichen folgende Umstände: Die sehr rasch und konsequent, wenn auch aus politischen Gründen durchgeführten Bodenreformen, die weitgehend abgeschlossene Importsubstitutionsindustrialisierung der leichten Phase, die amerikanische Bereitschaft, sachliche, finanzielle und vor allem personelle Hilfe zu gewähren; das fortgeschrittene Bildungsniveau der Bevölkerung, das sich in entsprechendes Humankapital umsetzen ließ, und die Existenz eines »starken« Staates, dessen Führer aus den genannten politischen Gründen den unbedingten Willen zur Modernisierung aufwiesen.

Ausgangspunkt der neuen Strategie war — in Taiwan etwas früher, in Südkorea etwas später — die Nutzung des wichtigsten, wirklich vorhandenen komparativen Vorteils, nämlich der zahlreichen vergleichsweise qualifizierten und niedrig entlohnten Arbeitskraft zur Erzeugung solcher Exportwaren, bei denen die Stücklohnkosten im internationalen Vergleich gering waren. Die anfänglich rein auf den Binnenmarkt gerichteten Leichtindustrien der ersten Phase der Importsubstitution, die Ende der 1950er Jahre an die Grenze der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes gestoßen waren, konnten erneut expandieren, da ihnen der nahezu

»unbegrenzte« Weltmarkt eröffnet wurde. Um diese Neuorientierung der Leichtindustrien anzuregen, wurde die anfänglich rein protektionistische Politik in eine Politik selektiver Dissoziation umgewandelt. Auf der einen Seite wurde die internationale Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrien durch Abwertungen, Exportsubventionen und Zollbefreiungen für exportnotwendige Importe erheblich verbessert, auf der anderen Seite blieben die massiven, vor allem im nichttarifären Bereich zu findenden Handelshemmnisse für die Binnenmarktindustrien und die den Exportindustrien vorgelagerten Branchen bestehen.

Finanziert wurde die Exportindustrialisierung anfänglich aus drei Quellen: die hohen Kapitalimporte (Kredite — nicht Direktinvestitionen), die indirekte Besteuerung der Landwirtschaft durch eine systematische Unterbewertung der Agrarpreise und die vermutlich hohen Gewinnspannen in den Exportindustrien, die durch das niedrige Lohnniveau und kaum vorhandene Sozialleistungen zustande kamen. Das niedrige Lohnniveau war nicht zuletzt in beiden Ländern Folge der staatlichen Reispolitik und der daraus resultierenden niedrigen Nahrungsmittelpreise. Eine Umwidmung der Staatsausgaben für produktive Zwecke und Maßnahmen zur Sparförderung durch Zinsanreize führten gleichzeitig dazu, daß die staatliche und private Binnenkapitalbildung in relativ kurzer Zeit die Kapitalimporte an Bedeutung weit übertraf.

Die Exportindustrialisierung blieb aber keineswegs auf die klassischen Leichtindustrien beschränkt. Es wurden vielmehr frühzeitig alle Anstrengungen unternommen, die aus ihnen ableitbaren Koppelungseffekte, vor allem in den Bereich der Zwischengüter, wahrzunehmen, also aus dem ungleichgewichtigen ein gleichgewichtiges Wachstum zu machen. Der Einstieg in die sog. zweite Phase der Importsubstitution war relativ problemlos, weil das rasche Wachstum der leichtindustriellen Exportindustrien zu einer hohen Nachfrage nach Zwischengütern geführt hatte. So konnten Skaleneffekte wahrgenommen werden, die bei einem direkten Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Importsubstitution nicht aufgetreten wären. Diese neuen Zwischengüterindustrien blieben aber keineswegs rein binnenmarktorientiert, sondern wurden gleichfalls ohne große Verzögerung auf den Export gerichtet. Wirtschaftspolitisch abgesichert wurde die zweite Phase der Importsubstitution durch eine protektionistische Politik einerseits und ein direktes Engagement des Staates andererseits. In beiden Ländern ist eine staatliche/private Arbeitsteilung dergestalt zu beobachten, daß der Staat die großen, kapitalintensiven und mit größeren Risiken behafteten schwerindustriellen und petrochemischen Industrien in eigene Regie nimmt, während private Unternehmer eher in den kleineren, arbeitsintensiven leichtindustriellen Exportbranchen engagiert sind. Diese Art der Koexistenz ist ein typisches Merkmal der Industriestruktur beider Länder, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg auch in Japan gegeben war.

Export- und Binnenmarktproduktion wurden schließlich auch auf fertigungsintensive Bereiche (Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau) ausgedehnt. Das war möglich, indem weitere Koppelungseffekte genutzt wurden, die Binnennachfrage nach Konsum- und Ausrüstungsgütern sich ausweitete und weil infolge einsetzender Verknappung von Arbeitskräften und daraus resultierenden Lohnsteigerungen das Beharren auf bloß arbeitsintensiven Fertigungen obsolet geworden war.

Der Stellenwert der Bodenreform und der sie begleitenden staatlich initiierten Maßnahmen zur Agrarmodernisierung erweist sich in mehrfacher Weise als bedeutsam. Die Beseitigung der alten Pachtssysteme und der damit verbundenen z.T. extremen Rentenabgaben stellte einen Teil der landwirtschaftlichen Überschüsse zur Disposition. Die Umverteilung führte zu erweiterter Kaufkraft der Bauern für Konsumgüter und ließ ihnen Spielraum zu Investitio-

nen, für die aufgrund der geänderten Eigentumsverhältnisse auch entsprechende Motivationen vorlagen. Für den Staat eröffneten sich zusätzliche Absorptionsmöglichkeiten von Überschüssen, die anderweitig verwendet werden konnten. Die auf die Bodenreform folgenden produktivitätssteigernden Maßnahmen erhöhten die bäuerliche Kaufkraft und setzten Arbeitskräfte frei, die in den neuen Industrien Beschäftigung fanden. Die sehr homogene Einkommensverteilung als Folge von Bodenreform und staatlicher Einkommenspolitik sorgte dafür, daß die Einkommenszuwächse aus Binnenmarkt- und Exportproduktion auch breit gestreut blieben und damit ein Nachfrageprofil induzierten, das eher auf den Bereich der Massenkonsumgüter, aber auch der landwirtschaftlichen Ausrüstungsgüter gerichtet war. Somit hat die Landwirtschaft dank institutioneller Reformen und der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit über die damit verbundenen Sekundäreffekte anfänglich einen wichtigen Beitrag zur Industrialisierung geleistet, auch wenn sich inzwischen die volkswirtschaftlichen Gewichte dermaßen verschoben haben, daß die Landwirtschaft jetzt eher durch die Industrie subventioniert wird.

Das alles war möglich, weil der Staat von Anfang an in allen Bereichen durch massive direkte und indirekte Intervention die Aktivitäten der einzelnen Wirtschaftssubjekte gesteuert bzw. strategische Bereiche in eigene Regie genommen hat. Zustatten kam dabei die spezifische Mischung von plan- und marktwirtschaftlichen Elementen. Wo die ausländische Konkurrenz zunächst übermächtig war, sorgte der Staat für wirksame Schutzvorkehrungen. Im Unterschied zu einem rein planwirtschaftlichen System mußten die Exportindustrien sich aber der internationalen Konkurrenz stellen und unterlagen somit permanent einem innovationsfördernden Wettbewerbsdruck. Eine anfängliche Überforderung der Industrie wurde somit genauso vermieden wie eine anhaltende innovationshemmende Unterforderung, die das Resultat prinzipiellen Protektionismus wie in den Ländern mit zentraler Planwirtschaft¹³ ist.

5. In der Nachfolge Europas?

Die an anderer Stelle vorgenommenen Untersuchungen europäischer Entwicklungswege¹⁴ hatten ergeben, daß die europäischen Länder keineswegs einem gemeinsamen Entwicklungspfad gefolgt sind. Es gab im Europa des 19. Jahrhunderts große und kleine, ressourcenreiche und ressourcenarme, bevölkerungsstarke und bevölkerungsschwache Länder; Länder, deren Industrialisierung eher binnenmarktorientiert, und solche, in denen sie eher exportorientiert war; Länder mit einer assoziativ-freihändlerischen, mit einer dissoziativ-protektionistischen Handelspolitik und Länder, bei denen eine Mischung beider Strategien vorlag; Länder, in denen der Staat bei der Industrialisierung eine stärker fördernde Rolle spielte, und solche, in denen das Ausmaß der Staatsintervention weniger ausgeprägt war. Der Industrialisierung vorangegangen (oder sie zumindest begleitend) waren immer Transformationen der Bodenordnung, in deren Folge es zu bemerkenswerten Steigerungen der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kam. Je später ein Industrialisierungsprozeß erfolgte, desto mehr nahm die intervenierende Rolle des Staates zu. Desgleichen ließ sich beobachten, daß sich über Zeit betrachtet bei neuen Nachzügeln das Ausmaß dissoziativer Politik steigerte. Kleinere, eher exportorientierte Länder waren auf weltweite Nachfrageexpansion angewiesen, die insbesondere von den großen Ländern wie England, Frankreich, Deutschland und den USA ausging. Daraus resultierte ein deutlicher zeitlicher Zusammenhang zwischen langen weltwirtschaftlichen Aufschwungphasen und den Entwicklungsdurchbrüchen kleiner Exportökonomien.

Schließlich hatte die Beschäftigung mit Europa bzw. den angelsächsischen Siedlerkolonien ergeben, daß nachholende Entwicklung ein Problem ist, das sich bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts, präziser seit dem Zeitpunkt stellte, als mit der Industriellen Revolution in England zum ersten Mal ein Land einen substantiellen Entwicklungsdurchbruch erzielt hatte, der sich alsbald in Peripherisierungsdruck gegenüber allen anderen Ländern umsetzte. Während des gesamten 19. Jahrhunderts, aber auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, gelang es dann einem Land nach dem anderen, sich diesem Prozeß anzuschließen. Vieles spricht sogar dafür, daß einige europäische Länder, so etwa Finnland oder die südosteuropäischen RGW-Länder den entscheidenden Entwicklungsdurchbruch erst nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen.

Wenn diese Beobachtungen zutreffen, stellt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit Entwicklung ein Phänomen ist, das auf das 19. Jahrhundert beschränkt ist und mit der Phase des klassischen Imperialismus bis zum Ersten Weltkrieg seinen Abschluß fand. Ist die Aussage zutreffend, daß denjenigen Ländern, denen bis dato der Durchbruch noch nicht gelungen war, nur die Unterentwicklung blieb? Oder ist es nicht umgekehrt so, daß Entwicklung oder Unterentwicklung schon immer mögliche Alternativen waren, umgekehrt aber nachholende Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen zum Ende des 20. Jahrhunderts ebenso möglich ist, wie sie es zu Beginn des 19. Jahrhunderts war? In einer solchen historischen Perspektive bekommt die aktuelle Schwellenländer-Diskussion einen neuen Stellenwert. Sollte nicht die Frage aufgeworfen werden, ob nicht Belgien und die Schweiz in den 1820er Jahren, die Niederlande in den 1850er Jahren, Kanada in den 1890er Jahren, Japan in den 1930er Jahren und Finnland in den 1950er Jahren ebensolche Schwellenländer waren, wie heute in bezug auf Südkorea und Taiwan, Brasilien und Mexico, Israel, Jugoslawien, Spanien und Griechenland argumentiert wird?

Damit stellt sich die weitere Frage, ob die Ursachen, die in den aktuellen Fällen von Schwellenländern für deren Erfolge verantwortlich gemacht wurden, welthistorisch gesehen tatsächlich etwas völlig Neues darstellen, oder ob hier nicht gewisse Parallelitäten, Kontinuitäten oder Fortsetzungen von Trends sichtbar werden, ohne daß damit einem quasi zwangsläufigen Automatismus das Wort geredet werden soll.

Wie in allen historischen Fällen kleinerer Länder spielte der Export eine wichtige Rolle als Wachstumsmotor, wobei die Hauptabnehmer die großen, bevölkerungsstarken Länder waren. Waren diese im 19. Jahrhundert vor allem England und Deutschland, so sind es heute in den ostasiatischen Fällen die USA und Japan. Ähnlich den ressourcenarmen europäischen Ländern bestand und besteht dieser Export nicht aus Primärgütern, die zunächst in rohem und dann in veredeltem Zustand exportiert wurden, sondern aus der Arbeitsleistung, präziser aus der Veredelung importierter Rohstoffe und Halbfabrikate für den Export. Insofern bildet der frühe Fall der Schweiz tatsächlich eine Parallele. Insbesondere in Taiwan kommt, vergleichbar zu Dänemark und den Niederlanden, hinzu, daß die Grundnahrungsmittelherzeugung zurückgedrängt wurde und eine Spezialisierung auf hochwertige Agrarprodukte (Gemüse, Obst) vorgenommen bzw. auf der Basis importierter Futtermittel die Tierproduktion mit anschließender Veredelung gesteigert wurde. Hier wurden also in ähnlicher Weise die aus der international unterschiedlichen Faktorproportionalität der Landwirtschaft resultierenden komparativen Vorteile genutzt.

Angesichts der unterschiedlichen Größenverhältnisse darf die Parallelität aber nicht zu weit getrieben werden. Die kleineren europäischen Länder oder die Siedlerkolonien bewegten sich im 19. Jahrhundert zwischen 2 und 5 Millionen Einwohnern. Südkorea hat heute fast 40

und Taiwan immerhin 18 Millionen Einwohner. Von daher sind sie also eher den mittleren bzw. sogar den größeren europäischen Ländern des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Die Möglichkeiten einer bloßen Exportstrategie sind angesichts dieser Größenunterschiede also begrenzt, da das Binnenmarktpotential der hier untersuchten Fälle wesentlich größer ist. Man könnte zwar einwenden, daß auch die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts im Jahre 1960 oder 1970 um ein Vielfaches größer war als im Jahre 1820 oder 1890, insofern Exportaktivitäten heutzutage auch eine quantitativ ganz andere Dimension annehmen können. Aber, und hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu den kleinen, anfänglich stark spezialisierten europäischen Exportökonomien, Taiwan und insbesondere Südkorea waren zu keinem Zeitpunkt reine Exportökonomien. Sie waren vielmehr durchgängig bestrebt, gleichzeitig mit der Exportindustrialisierung auch ihr Binnenmarktpotential zu erschließen und möglichst komplette Industriestrukturen aufzubauen. Insofern ergeben sich Parallelen zu den großen europäischen Ländern, vor allem aber auch zu Japan, das diesen Weg auf der Basis importierter Rohstoffe gegangen ist. Es ging nicht nur, wie in der Schweiz oder Dänemark, darum, die unmittelbaren Koppelungseffekte der Exportsektoren zu nutzen, sondern ausgehend von der Nachfrage der Exportsektoren auch in ganz neue und dann eher binnenmarktorientierte Branchen vorzustoßen, die dann allerdings in eine Erweiterung des Exportwarenkorbs umgesetzt werden konnten. Exportindustrialisierung und Importsubstitution gingen Hand in Hand. Insofern ist das Gesamtszenario der hier untersuchten Schwellenländer wesentlich komplexer als das europäischen Exportökonomien in ihrer Frühphase.

Da die breit angelegte Industrialisierung via Importsubstitution ein vorrangiges Ziel war, war auch der Freihandel im Gegensatz zu den frühen rein assoziativen europäischen Exportökonomien keine grundsätzliche Strategie. Verfolgt wurde vielmehr eine Politik selektiver Dissoziation, wie etwa im Falle Schwedens beobachtet, und eine massive Staatsintervention, wie sie ansatzweise oder ähnlich massiv in den späteren, primär binnenorientierten Fällen nachholender Entwicklung (Preußen/Deutschland, Japan, Italien) verfolgt wurde. Das von Alexander Gerschenkron anhand europäischer Länder beobachtete Phänomen, daß die intervenierende Rolle des Staates zunimmt, je später der Industrialisierungsdurchbruch erfolgt, findet also auch in den ostasiatischen Schwellenländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seine Bestätigung (Gerschenkron 1966).

Des weiteren läßt sich ein Zusammenhang von weltkonjunkturellen Trends und der Möglichkeit nachholender Entwicklung von Exportökonomien bestätigen. Ohne die weltweite Expansion der 1960er und 1970er Jahre wäre das rasche Exportwachstum Südkoreas und Taiwans vermutlich nicht zustande gekommen. Ähnliches ließ sich nach 1896 im Falle der skandinavischen Länder oder der angelsächsischen Siedlerkolonien beobachten.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch die Transformation des Agrarsektors, die eine tendenzielle Normalverteilung des Bodenbesitzes und weitgehende Reduzierung von unproduktiven und ausbeuterischen Pachtsystemen zur Folge hatte, Parallelen zu den frühen Fällen aufweist. Ob die durchschnittliche Betriebsgröße schwerpunktmäßig 100-200 ha wie in Kanada, 10-20 ha wie in Dänemark oder 1-3 ha wie in Taiwan oder Südkorea beträgt, hängt von der eher extensiven oder eher intensiven Art der Bodennutzung ab. Vergleichbar ist allen drei Landwirtschaften aber das Vorherrschen des selbstwirtschaftenden bäuerlichen Familienbetriebes. Dieser scheint damals wie heute die beste Gewähr für eine erfolgreiche Agrarmodernisierung zu bieten. Ob diese Besitzstruktur durch eine Bodenreform von unten als Folge politischer Auseinandersetzungen wie in Dänemark, das Fortbestehen eines freien Bauernstandes wie in Schweden, eine Heimstättengesetzgebung in Neuländer-

schließungsgebieten wie in Kanada oder eine Bodenreform von oben wie in Südkorea oder Taiwan zustande kommt, scheint für das wirtschaftliche Ergebnis von geringerer Relevanz zu sein. Gemeinsam ist den historischen wie den aktuellen Fällen jedenfalls eine sehr leistungsfähige Landwirtschaft, die wichtige Beiträge als gesamtwirtschaftliche Akkumulationsquelle, als Devisenbringer, als Binnenmarkt, als Arbeitskräftereservoir im Sinne des Lewis'schen Theorems (vgl. Lewis 1954; ders. 1979) etc. leisten konnte.

Zusammengefaßt läßt sich mithin feststellen, nachholende Entwicklung war sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch dem Zweiten Weltkrieg möglich. Angesichts des immer weiter gewachsenen Gefälles zwischen Vorreitern und Nachzüglern ist dieser Prozeß sicherlich immer schwieriger geworden. Sollte er dennoch erfolgreich sein, mußte das Ausmaß an Gegensteuerung mittels Staatsintervention und dissoziativer Politik trotz Weltmarktintegration immer weiter zunehmen. Nur, in dem Maße, wie sich die internationale Arbeitsteilung gewandelt hat, neue Technologien entwickelt wurden, die Faktorproportionen im internationalen Vergleich sich verändert haben, gab bzw. gibt es auch neue Spezialisierungsmöglichkeiten, ergeben sich neue Weltmarktischen, die von den historischen Nachzüglern genauso genutzt wurden, wie sie von den aktuellen Nachzüglern heute genutzt werden. Insofern stehen solche Länder durchaus in der Nachfolge Europas. Nur liegt ihr kein Automatismus zugrunde, wie viele historische Fehlschläge (Argentinien, Uruguay etc.) in der übrigen Dritten Welt, aber auch an der europäischen Peripherie (Balkan, Irland, Portugal, Spanien) unter Beweis stellen. Südkorea und Taiwan haben sie aus den genannten internen und externen Gründen weitgehend erfolgreich bewältigt (vgl. dazu Cline 1982). Ob sie in Zukunft in weiteren Ländern möglich sein wird, sollte grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, selbstverständlich ist es aber keinesfalls.

6. Anmerkungen zu einigen entwicklungstheoretischen Kontroversen

Diese Feststellungen bieten Gelegenheit, zu einigen entwicklungstheoretischen Hauptkontroversen Stellung zu nehmen, die im Zusammenhang mit der Schwellenländerdiskussion eine besondere Zuspitzung gefunden haben. Desgleichen lassen sich einige Mythen widerlegen, die gerade im Hinblick auf die ostasiatischen Fälle immer wieder vorgebracht werden. Es wird allerdings nicht der Anspruch erhoben, Aussagen über sämtliche Beispiele zu machen, die in der allgemeinen Schwellenländer-Diskussion eine Rolle spielen. Es ist durchaus denkbar, daß etwa ein Land vom Typ Brasiliens eines ganz anderen Erklärungsmusters bedarf und damit auch einen anderen Stellenwert in der allgemeinen theoretischen Diskussion um nachholende Entwicklung einnimmt (vgl. dazu Hurtienne 1981).

Eine zentrale Kontroverse ist sicherlich die Frage, welche Rolle Markt und liberale Wirtschaftspolitik im Entwicklungsprozeß spielen. Insbesondere von neoklassischen und konservativen Autoren wird immer wieder und gerade mit Blick auf die ostasiatischen Fälle hervorgehoben, daß das möglichst ungehinderte Wirken der Kräfte des Marktes und eine liberale Außenwirtschaftspolitik das beste entwicklungspolitische Rezept darstellen. Dabei wird suggeriert, daß die verfolgte Exportstrategie, die sich natürlich an den Möglichkeiten orientieren muß, die internationale komparative Vorteile bieten, schon den Beweis liefert. Eine Strategie der Weltmarktorientierung wird sozusagen schlechthin mit einer liberalen, freihändlerischen und marktwirtschaftlichen Politik gleichgesetzt.

Demgegenüber läßt sich eindrücklich belegen, daß zumindest in Südkorea und Taiwan da-

von überhaupt keine Rede sein kann. Im Gegenteil, wenn es eines weiteren Belegs für die alte Gerschenkron-These von der zunehmenden Interventionsrolle des Staates bedurfte, dann liefern Südkorea und Taiwan diesen Beleg. Zumindest in diesen beiden Fällen scheint sicher eher die Elsenhans-These (1981) zu bestätigen, daß relativ unabhängig operierende Staatsklassen zu entscheidenden Entwicklungsagenturen geworden sind. Der Staat interveniert in vielfältiger formeller und informeller Weise im Agrarbereich ebenso wie im industriellen Sektor, in der Binnenwirtschaftspolitik wie in der Außenwirtschaftspolitik, in der Energie-, Technologie- und Sozialpolitik etc. Er setzt über seine Perspektivplanung nicht nur die globalen Rahmendaten und nutzt in extensiver Weise das gesamte Spektrum indirekter Steuerung. Über den Staatshaushalt bzw. staatliche Investitionen und staatseigenen Betriebe setzt er auch selber in strategischen Bereichen die Akzente. Selbst da, wo gewisse Liberalisierungen zu erkennen sind, sind diese nicht die mehr oder weniger spontane Reaktion auf Marktkräfte, sondern dem Kalkül entspringen, Markt und internationale Konkurrenz als strategisches, aber jederzeit reversibles Element einzusetzen. Wenn sich überhaupt eine dogmengeschichtliche Klassifizierung vornehmen läßt, dann findet sich — in Südkorea stärker, in Taiwan etwas weniger stark ausgeprägt — eine Mischung von planwirtschaftlichen, keynesianischen und listianischen Elementen, aber keine neoklassische oder monetaristische Politik.

Dieser Befund leitet über zu einer weiteren Kontroverse, die sich an der Frage entzündet, ob eine vorrangig binnenmarktorientierte, also auf Importsubstitution beruhende, oder eine vorrangig weltmarktorientierte, auf Exportindustrialisierung basierende Strategie für die Länder der Dritten Welt angemessen ist. Auch wenn diese Kontroverse nur unter normativen Gesichtspunkten, d.h. theoretisch und abstrakt, als Gegensatz anzusehen ist, ein Gegensatz, der in der Realität so rein gar nicht vorkommt, bieten die beiden Fälle doch einiges Anschauungsmaterial.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß in großen, bevölkerungstarken und ressourcenreichen Ländern immer eine natürliche Binnenorientierung vorliegt. Da diese Länder aber innerhalb der Dritten Welt, nicht nach der Zahl der betroffenen Bevölkerung, wohl aber nach der Zahl der Länder eine Minderheit bilden, ist die Frage für kleine Länder mit geringem Binnenmarkt und in der Regel inkompletter Ressourcenausstattung von großer Relevanz. Im Falle Südkoreas und Taiwans handelt es sich bei der genannten Alternative um eine Scheinkontroverse. Beide Strategien schließen sich nicht nur nicht gegenseitig aus, sie ergänzen bzw. bedingen sich vielmehr sogar. Der für eine reine Importsubstitutionsstrategie zu kleine Binnenmarkt kann und sollte durch den Außenmarkt erweitert werden. Das entsprechend gewachsene Produktionsvolumen schafft Nachfrage für weitere Importsubstitution, die wiederum die Exportpalette erweitern kann usw. Auf diese Weise ergibt sich, in beiden Ländern feststellbar, eine sachlogische und historische Sequenz von

$$IS^1 \rightarrow EI^1 \rightarrow IS^2 \rightarrow EI^2 \rightarrow IS^3 \rightarrow EI^3,$$

wobei IS^1 = Importsubstitution erste Phase (einfache Konsumgüter wie z.B. Textilien)

EI^1 = Exportindustrialisierung erste Phase (s.o.)

IS^2 = Importsubstitution zweite Phase (Zwischengüter wie Stahl, Petrochemie)

EI^2 = Exportindustrialisierung zweite Phase (s.o.)

IS^3 = Importsubstitution dritte Phase (Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau)

EI^3 = Exportindustrialisierung dritte Phase (s.o.)

Zur Unterstützung einer solchen Sequenz muß auch eine entsprechende Mischung und Abfolge integrativer und dissoziativer Außenwirtschaftspolitik vorliegen. Protektionistische Maßnahmen zur Unterstützung der jeweiligen ISI-Phase und exportfördernde Maßnahmen der jeweilige EI-Phase bilden keinen Widerspruch, sondern ergänzen sich. Eine solche, im Resultat autozentrierte Entwicklung trotz Weltmarktintegration ist also keineswegs nur auf historische Fälle erfolgreicher Exportökonomien beschränkt, sondern ein grundsätzlich weiterhin erreichbares Ziel von Entwicklungspolitik.

Diese Symbiose von Weltmarkt- und Binnenorientierung leitet über zu der weiteren Kontroverse, ob eine forcierte Weltmarktintegration lediglich zu Exportenklaven führt, wie sie in den sog. Freien Produktionszonen ihren sichtbarsten Ausdruck findet, oder ob es möglich ist, daß die Exportindustrien in die Binnenwirtschaft integriert werden. Auch hier lassen sich sehr eindeutige Antworten finden. Bis auf wenige Ausnahmen beziehen die typischen Exportbranchen, d.h. solche mit Montagecharakter und entsprechend hohem Arbeitskostenanteil, ihre Vorprodukte überwiegend aus dem Inland. Sie sind also keineswegs nur »angeklebt«. Lediglich bei einigen Elektronikbranchen ist (vorläufig?) der Importanteil an den Vorprodukten höher. Da diese vor allem in den Freien Produktionszonen (FPZ) zu finden sind, mag daraus der Eindruck entstehen, als sei die Exportindustrie insgesamt wenig in die übrige Ökonomie integriert. Da das Exportvolumen der FPZ aber nur einen sehr geringen Anteil an der gesamten Exportproduktion aufweist, relativiert sich dieses Argument von selbst. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß es bei der Masse der Exportindustrien, insbesondere im so wichtigen Textil- und Bekleidungssektor, gelungen ist, ausgehend von der Endfertigung die Rückwärtskoppelungseffekte wahrzunehmen. Beide Länder importieren in starkem Maße nur noch Rohstoffe, die im Land für die Exportindustrien weiterverarbeitet werden. Globaler Indikator für die wachsende binnenwirtschaftliche Verflechtung und damit auch die Integration der Exportsektoren ist der steigende und inzwischen hohe Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert.

Gleichzeitig, dieser Umstand leitet zur nächsten Kontroverse über, produzieren viele Exportindustrien aber auch für den Binnenmarkt, d.h. Endnachfragekoppelungseffekte sind ebenfalls wirksam geworden. Das war möglich, weil in beiden Ländern trotz des insgesamt noch niedrigen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens die Einkommensverteilung in Stadt und Land sehr homogen ist. Dieser Befund hat zwei Konsequenzen. Erstens widerlegt er weitgehend die sogenannte Kuznets-Hypothese (Kuznets 1955; ders. 1963; Robinson 1976; Paukert 1973), derzufolge wirtschaftliches Wachstum anfänglich von zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung begleitet ist, die erst in einem späteren Stadium wieder abnimmt. Die Konsequenz wäre die zumindest zeitweise Inkaufnahme massenhafter relativer oder gar absoluter Verelendung. Auch wenn es dafür historisch empirische Beispiele gibt, so wie es auch historische Gegenbeispiele gibt, so zeigen die ostasiatischen Fälle, daß sich diese wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung durch redistributive Maßnahmen (u.a. Bodenreform) vermeiden läßt. Wachstum bei Verteilungsgerechtigkeit oder sogar Verteilungsgerechtigkeit vor Wachstum ist also grundsätzlich möglich (Chenery 1974; Ranis 1978; Adelman 1980).

Dieser Befund berührt des weiteren die These, die auch von marxistischer Seite vorgetragen wird, daß ursprüngliche Akkumulation nur möglich sei, wenn ungleiche Einkommensverteilung vorliegt. Nur so sei eine Kapitalbildung möglich. Auf der Verwertungsseite wird deshalb dem Luxus- und Staatskonsum (Rüstungsgüter u.a.) eine entscheidende Rolle beigemessen¹⁵. Die ostasiatischen Fälle belegen demgegenüber, daß Wirtschaftswachstum auch über

entsprechende Nachfrageeffekte, die vom Massenkonsumgütersektor ausgehen, mitgetragen werden kann. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Ausweitung des Binnenmarktes durch zunehmende Masseneinkommen zustande kam, die zunächst in den Exportsektoren erzielt wurden. Die sog. ursprüngliche Akkumulation speiste sich aus verschiedenen Quellen: anfänglich hohe Kapitalimporte, Abschöpfung aus der Landwirtschaft durch interne Preisrelationen und Gewinne in den Exportbranchen, die aber auf Staatsbetriebe und viele private Kleinbetriebe verteilt waren. Soweit, wie in Taiwan der Fall, auch die Landwirtschaft exportorientiert ist, war aufgrund der Bodenverteilung und der überwiegend kleinindustriellen landwirtschaftlichen Veredelung ebenfalls eine breite Streuung der Exporteinkommen gegeben. Auch wenn der Fall Brasiliens der Massenveredelungs-/Luxuskonsum-Argumentation entgegenkommt, zeigen die ostasiatischen Fälle, daß auch ein ausgewogener Weg mit größerer Verteilungsgerechtigkeit möglich ist.

Die in beiden Ländern anfänglich große relative Bedeutung der Kapitalimporte sollte aber nicht zu dem Eindruck führen, als sei die Industrialisierung in beiden Ländern lediglich außenfinanziert, oder, wie bisweilen argumentiert wird, als beständen ihre Industrien nur aus den Niederlassungen von multinationalen Konzernen. Der Anteil der Direktinvestitionen ist lediglich in den FPZ sehr hoch, hat gesamtwirtschaftlich aber nur geringe Bedeutung. In beiden Ländern gelang es sehr rasch, die Außenfinanzierung durch vermehrte Eigenkapitalbildung zu ersetzen. Soweit Anleihen und Direktinvestitionen vorgenommen werden, unterliegen sie außerhalb der FPZ starker staatlicher Kontrolle und Reglementierung. Daraus kann gefolgert werden, daß Kapitalimporte und Verschuldung, wie auch historische Beispiele heutiger OECD-Länder¹⁶ belegen, per se nichts Negatives sind.

Nur noch opportunistisch zu nennen ist eine Argumentation, die einerseits Kapitalimporte jeglicher Art ablehnt, weil dies zu Abhängigkeit und Entwicklungsblockaden führe, im Falle Taiwans und Südkoreas aber deren Erfolge mit dem besonders großen finanziellen Engagement der USA begründet. Das hieße so viel wie: Wenig Hilfe ist schlecht, viel Hilfe ist gut. Entscheidend ist vielmehr die Frage nach der Verwendung der Kapitalimporte und nach ihrer Kontrolle. Das berührt wiederum die eingangs aufgeworfene Frage, ob es, wie Gunnar Myrdal betont, entsprechend starke und leistungsfähige administrative Instanzen gibt, die ein Gegengewicht gegen die Macht ausländischer Konzerne bilden und parasitäre Bereicherung der Staatsklasse an den Kapitalimporten nicht zulassen. Trotz einzelner Gegenbeispiele von Korruption scheint in den hier untersuchten Fällen grosso modo die produktive Verwendung der Anleihen gewährleistet. Insbesondere in Taiwan ist ihre relative Bedeutung inzwischen außerdem sehr gering geworden. Im Gegenteil, beide Länder gehen inzwischen dazu über, ihrerseits Kapitalexporte vorzunehmen und zur Sicherung ihrer Rohstoffzufuhr auch Direktinvestitionen zu tätigen. Jedenfalls ist die Behauptung, ihre Industrien seien weitgehend in ausländischem Besitz, ein ebensolcher Mythos wie die These, daß sie im wesentlichen aus Leichtindustrien bestehen. Solche Aussagen kommen immer nur dann zustande, wenn man die FPZ als typisch für die gesamte Ökonomie und nicht nur als sehr geringen, wenn auch spektakulären Teil des Ganzen betrachtet.

Schließlich erweisen sich beide Fälle als ausgesprochene Dependenzparadoxien (vgl. dazu Amsden 1979; ferner auch Luedde-Neurath 1980). Beide Länder waren und sind seit rund 90 Jahren abhängig. Zuerst von der japanischen Kolonialmacht und dann von der amerikanischen Schutzmacht. Wichtige Weichenstellungen, erst der Ausbau zur Kolonialökonomie, später die Bodenreform oder der Übergang zur Exportorientierung sind immer von außen und im Interesse der jeweiligen Metropole vorgenommen worden. Trotz dieser hohen Ab-

hängigkeit, die im politisch/militärischen Sinne weiterhin recht stark ist, obwohl auch hier sich Emanzipationstendenzen zeigen¹⁷, war eine Agrarmodernisierung und Industrialisierung möglich, die die Symptome von Peripherie-Ökonomien weitgehend vermieden hat. Im Gegenteil, Südkorea und Taiwan sind in mancher Hinsicht inzwischen selber zur Herausforderung für die ehemaligen und jetzigen Metropolen geworden und können sich auf dem Weltmarkt nicht nur bei Billigprodukten behaupten, sondern auch in anspruchsvollen Bereichen, z.B. Schiffsbau, ihrerseits einen Verdrängungswettbewerb in Gang setzen. Zumindest in diesen beiden Fällen ist der Nachweis erbracht, daß Abhängigkeit und Entwicklung, wie historisch auch schon einige Siedlerkolonien oder skandinavische Länder gezeigt haben, sich nicht grundsätzlich ausschließen. Damit sind nicht nur Aussagen, die nachholende Entwicklung unter den Bedingungen des modernen Weltsystems grundsätzlich leugnen, in Frage gestellt. Es muß auch grundsätzlich die Frage aufgeworfen werden, wieviele Ausnahmen eine Theorie zuläßt, um als falsifiziert zu gelten. Inwieweit greift nicht eine rein auf externen Faktoren aufgebaute Argumentation, wie bei einer Variante von Dependenztheorie und bei manchen Vertretern des Weltsystemansatzes der Fall, zu kurz? Ohne die Bedeutung solcher Faktoren negieren zu wollen, sollten die ostasiatischen Fälle doch erneuten Anlaß geben, die *internen sozio-strukturellen* Bedingungen, unter denen sich nachholende Entwicklung vollzieht, stärker ins Blickfeld treten zu lassen. Inwieweit diese bezüglich Südkoreas und Taiwans beschriebenen Faktoren auf andere Länder und Kulturkreise übertragbar oder für andere nachvollziehbar sind, ist eine offene Frage und sicherlich sehr problematisch. Nur zeigen die beiden Fälle, daß zu *grundsätzlichem* Entwicklungspessimismus kein Anlaß besteht.

Anmerkungen

- 1 Vergleiche dazu in Auswahl Borner, S. (1981); Bradford, C.I. (1980); Edwards, A. (1979); Eßer, K./Wiemann, J. (1981); OECD (1979); Turner, L. u.a. (1980); Yoffie, D. B. (1983).
- 2 Vergleiche dazu die synoptische Übersicht bei Bergmann (1983). Als eigenen analytischen Versuch in diese Richtung vergleiche Menzel/Senghaas (1984).
- 3 Die eigene Sichtweise findet sich in umfassender Darstellung in Menzel (1985); in der Tendenz zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Asche (1984).
- 4 Zu Nordkorea vergleiche Jutka-Reise (1979); Bruhn/Hersh (1976); zu China Menzel (1978).
- 5 Umfassender dazu Menzel (1983); Menzel (1983a).
- 6 Vergleiche dazu aus einer Wallerstein-Position Moulder (1977); Halliday (1975).
- 7 Bontroba/Menzel (1978); Suh (1978); Park (1969); unter früheren Arbeiten immer noch hervorragend Grajdzanzew (1944).
- 8 Ausführliche Belege zu den folgenden Ausführungen, insbesondere monografische Fallstudien zu Südkorea und Taiwan in Menzel (1985a).
- 9 Die Werte für Hongkong lauten 1960-1981 = 6,9 % pro Kopf und für Singapur 7,4 % pro Kopf.
- 10 Der BPW ist die Summe aus Vorleistungen und Wertschöpfung (Nettoinlandsprodukt) bzw. das NIP (zuzüglich Abschreibungen = BIP) ist der BPW abzüglich der Vorleistungen.
- 11 Der niedrige Wert für Südkorea kommt dadurch zustande, daß in der südkoreanischen Statistik erst Ortschaften über 50 000 Einwohner als »Stadt« bezeichnet werden.
- 12 Zu dieser Aussage gelangt Asche 1984.
- 13 Vergleiche zu diesem Argument Ruppke (1982).
- 14 Ausführlich dazu Menzel (1985b); Senghaas (1982).

- 15 So argumentieren z.B. Thomas Hurtienne (1981); Schweers (1980).
- 16 Bis auf England und Frankreich waren im 19. Jahrhundert sämtliche europäischen, aber auch außereuropäische Länder incl. den USA Nettokapitalimporteure. Das änderte sich erst nach dem I. Weltkrieg.
- 17 Ausgedrückt z.B. durch die Anstrengungen, autonome Rüstungskapazitäten aufzubauen. Vergleiche dazu die Hinweise in den letzten SIPRI-Jahrbüchern.

Literatur

- Adelman, I. (1980): *Economic Development and Political Change in Developing Countries*, in: Social Research 47, 1980, 2.
- Amsden, A.H. (1979): *Taiwan's Economic History. A Case of Etatism and a Challenge to Dependency Theory*, in: Modern China 5, 1979, 3.
- Asche, H. (1984): *Industrialisierte Dritte Welt? Ein Vergleich von Gesellschaftsstrukturen in Taiwan, Hong Kong und Südkorea*, Hamburg.
- Balassa, B. (1981): *The Newly Industrialized Countries in the World Economy*, New York.
- Bergmann, Ch. (1983): *Schwellenländer. Kriterien und Konzepte*
- Blaschke, J. (Hrsg.) (1983): *Perspektiven des Weltsystems, Materialien zu Immanuel Wallerstein*, Frankfurt.
- Bontropa, G./Menzel, U. (1978): *Stagnation und Unterentwicklung in Korea. Von der Yi-Dynastie zur Peripherisierung unter japanischer Kolonialherrschaft*, Meisenheim.
- Borner, S. (1981): *Die Schwellenländer. Vorhut auf der Entwicklungsleiter oder wirtschaftliche Sonderfälle*, in: Wirtschaft und Recht 33/1981, 3/4.
- Bradford, C. I. (1980): *The Newly Industrializing Countries in Global Perspective*, in: New International Realities 5, 2.
- Bruhn, E./Hersh, J. (1976): *Socialist Korea: A Case Study in a Strategy of Economic Development*, New York.
- Chao, K. (1982): *The Economic Development of Manchuria: The Rise of a Frontier Economy*, Ann Arbor.
- Chen, E. K. Y. (1979): *Hyper-Growth in Asian Economies. A Comparative Study of Hong Kong, Japan, Korea, Singapore and Taiwan*, New York.
- Chenery, H. u.a. (1974): *Redistribution with Growth. Politics to Improve Income Distribution in Developing Countries in the Context of Economic Growth*, New York.
- Cline, B.R. (1982): *Can this Asian Model of Development Be Generalised?*, in: World Development 10, 1982, 2.
- Donges, J.W./Müller-Ohlsen, L. (1978): *Außenwirtschaftsstrategien und Industrialisierung in Entwicklungsländern*, Tübingen.
- Edwards, A. (1979): *The New Industrial Countries and Their Impact on Western Manufacturing*, 2 Bände, London.
- Elsenhans, H. (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt.
- Eßer/Wiemann, J. (1981): *Schwerpunktländer in der Dritten Welt. Konsequenzen für die Südbeziehung der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- Frank, C. R. u.a. (1975): *Foreign Trade Regimes and Economic Development: South Korea*, New York.
- Fröbel, F. u.a. (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek.
- Gates, H. (1979): *Dependency and the Part Time Proletariat in Taiwan*, in: Modern China 5, 1979, 3.
- Gerschenkron, A. (1966): *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge, Mass.
- Grajdanzew, A.J. (1944): *Modern Korea*, New York.
- Halliday, J. (1975): *A Political History of Japanese Capitalism*, New York.

- Halliday, J. (1977): *Recession, Revolution and Metropolis — Peripheral Relations in East Asia*, in: Journal of Contemporary Asia 7, 1977, 3.
- Harris, N. (1978/79): *The Asian Boom Economies and the »Impossibility« of National Economic Development*, in: International Socialism Nr. 3.
- Hofheinz, R./Calder, K.E. (1982): *The East-Asia Edge*, New York.
- Hu, S. T. S. (1978): *The Economic Development of Taiwan 1860-1970*, New Haven.
- Hurtienne, Th. (1981): *Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung. Zur Kritik des Erklärungsansatzes von Dieter Senghaas*, in: Prokla 11, 1981, 3.
- Hurtienne, Th. (1981): *Staat und industrielle Kapitalakkumulation in halbindustrialisierten Ländern. Der Fall Brasilien*, Manuskript, Berlin.
- Jutka-Reise, R. (1979): *Agrarpolitik und Kimilsungismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea*, Meisenheim.
- Jutter, H.U. (1981): *Südkorea: (K)ein Modell für die Dritte Welt? Wachstumsdiktatur und abhängige Entwicklung*
- Kuznet, S. (1955): *Economic Growth and Income Inequality*, in: *The American Economic Review* 45, 1955, 1.
- Kuznets, S. (1963): *Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations: VII, Distribution of Income by Size*, in: *Economic Development and Cultural Change* 11, 1963.
- Learner, D. (1958): *The Passing of the Traditional Society*, Glencoe.
- Lewis, W.A. (1954): *Economic Development with Unlimited Supplies of Labour*, in: *The Manchester School of Economic and Social Studies* 22, 1954, 2.
- Lewis, W.A. (1979): *The Dual Economy Revisited*, in: *The Manchester School of Economic and Social Studies* 47, 1979, 3.
- Long, D. (1977): *Repression and Development in the Peripheries: South Korea*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 9, 1977, 2.
- Luedde-Neurath, R. (1980): *Export Orientation in South Korea: How Helpful Is Dependency Thinking to its Analysis?*, in: *IDS-Bulletin* 12, 1980, 1.
- Menzel, U. (1978): *Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung*, Opladen.
- Menzel, U. (1983): *Schwelkenländer und internationales System. Zum Einfluß von Imperialismus, Ost-West-Konflikt und Ne imperialismus im Prozeß nachholender Entwicklung Ostasiens*, in: *Internationales Asienforum* 14, 1983, 2/3.
- Menzel, U. (1983a): *Konflikte im internationalen System und nachfolgende Entwicklung in Ostasien*, in: *Verfassung und Recht in Übersee* 16, 1983, 4.
- Menzel, U./Senghaas, D.(1984): *Indikatoren zur Bestimmung von Schwellenländern. Ein Vorschlag zur Operationalisierung*, Bonn (DGFK-Papiere für die Praxis Nr. 54).
- Menzel, U. (1985a): *In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan*, München.
- Menzel, U. (1985): *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*.
- Moulder, F.V. (1977): *Japan, China, and the Modern World Economy: Toward a Reinterpretation of East Asian Development*, Cambridge.
- OECD (1979): *The Impact of Newly Industrializing Countries on Production and Trade in Manufactures*, Paris.
- Park, S. J. (1969): *Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Korea 1910-1968*, Wiesbaden.
- Ranies, G. (1978): *Equity with Growth. How »Special« Is the »Special« Case?*, in: *World Development* 6, 1978, 3.
- Robinson, Sh. (1976): *A Note on the U-Hypothesis Relationing Income Inequality and Economic Development*, in: *American Economic Review* 66, 1976.
- Rostow, W.W. (1978): *The World Economy: History and Prospect*, London.
- Senghaas, D. (1982): *Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen*.
- Suh, S. Ch. (1978): *Growth and Structural Change in the Korean Economy, 1910-1940*, Cambridge/Mass.

- Sun, K.C. (1969): *The Economic Development of Manchuria in the First Half of the Twentieth Century*, Cambridge.
- Sunoo, H.H. (1978): *Economic Development and Foreign Control in South Korea*, in: *Journal of Contemporary Asia* 8, 1978, 3.
- Schumpeter, E.B. (1940): *The Industrialisation of Japan and Manchukuo, 1930-1940*, New York.
- Schweers, R. (1980): *Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung. Voraussetzungen und Schranken der Kapitalakkumulation in ökonomisch schwach entwickelten Ländern*, Frankfurt.
- Turner, L. u.a. (1980): *Living with the Newly Industrializing Countries*, London.
- Wallerstein, I. (1979): *The Capitalist World-Economy: Essays*, Cambridge.
- Warren, B. (1980): *Imperialism: Pioneer of Capitalism*, London.
- Westphal, L.E. (1978): *The Republic of Korea's Experience with Export Lead to Industrial Growth*, in: *World Development* 6, 1978, 3.
- Yoffie, D. B. (1983): *Power and Protectionism. Strategies of the Newly Industrializing Countries*, New York.